

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher Dr. 18

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verdruckerbetriebe hat der Bezirker keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 6.— bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 5.—, monatlich M 2.—, durch die Post abgeholt M 6.—.

Amts-Blatt

des Amtsgerichts, des Stadtrates zu Pulsnitz und der Gemeindeglieder des Bezirks.

Postfach - Konto Leipzig 24 127. — Gemeinde - Giro - Konto 146.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die jedesmal gespartene Reizzeile (Wolff's Zeitenscheffel 14) 80 Pf., im Bezirke der Amtshauptstadt 70 Pf. im Amtsgerichtsbezirk 60 Pf. Amtl. Zeile M 2.40, 2.10 und 1.80. Refl. M 1.80 bei Wiederblg. Rabatt. Beiträbender und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einschaltung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall v. Preisnachl. in Anrechnung.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr 265.

umfassend die Ortschaften: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großröhrsdorf, Breinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Jah. J. W. Mohr).

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 83.

Sonnabend, den 5. Juni 1920.

72. Jahrgang

Die amtlichen Bekanntmachungen befinden sich auf der Beilage.

Das Wichtigste.

Postschluß für den dänischen Dampfer „Friedrich VIII“ von Kopenhagen nach New York am 10. Juni in Hamburg I am 7. Juni mittags.

Die „United Mail Steamship Company Amerika“ beginnt mit dem 1. Juli mit 15 vormals deutschen Schiffen einen Passagierdienst zwischen den amerikanischen und europäischen Häfen.

In Darmstadt wurden öffentliche Wahlversammlungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei durch Unabhängige empfindlich gestört indem u. a. mit Hydranten Wasser in den Saal gespritzt wurde.

In der englischen Kohlenindustrie droht eine neue ernste Krise auszubrechen. Die große Mehrzahl der Grubenarbeiter ist entschlossen, darauf zu bestehen, daß die Regierung entweder den Preis der Steinkohle herabsetzt oder eine neue Lohnherabsetzung vornimmt.

Die belgische Regierung hat bei dem Bankhaus Morgan eine Anleihe von 50 Millionen Dollar zu 7 1/2 Prozent ausgenommen, die in 25 Jahren rückzahlbar ist.

Nach einer Neuterklärung ist der Betrag des englischen Kredits für den wirtschaftlichen Aufbau Mitteleuropas und der baltischen Staaten vorläufig auf 10 Millionen Pfund Sterling festgesetzt worden.

Bei der Abstimmung der Londoner Gasarbeiter stimmten gestern abend 96 % für den Streik. Es handelt sich u. a. um Lohnforderungen.

Die mexikanischen Behörden haben beschlossen, ein Drittel der Häuser von Veracruz zu verbrennen, um die ausgebrochene Bubonepest zu bekämpfen.

Die Preisflaute am holländischen Warenmarkt dauern nach Kölnern Meldungen fort. In Rotterdam schwankten, dem „Courant“ zufolge, die Engrospreise für Kaffee und Kakao um 25 bis 30 Prozent. In Köln fallen die Preise für amerikanische Schuhwaren ausgesetzt. Herrenschuhe bester Qualität werden von amerikanischen und englischen Kommissionären für 130 bis 195 Mark angeboten.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat soll in der dritten Juniwoche zusammentreten.

Aus Reichsmitteln sind weitere zwei Milliarden Mark zur Senkung der Lebensmittelpreise bereitgestellt worden.

Um was es jetzt geht.

Von unserem Berliner Vertreter.

Nur ein kurzer Augenblick trennt uns noch von den Reichstagswahlen. Der Ernst der Stunde darf nicht verkannt werden, wenn man sich vor Augen hält, daß es diesmal um die ganze Zukunft Deutschlands geht, denn wir stehen jetzt vor den schwerwiegendsten Entscheidungen der äußeren und der inneren Politik. Die bevorstehende Konferenz von Spaai soll die Entscheidung darüber bringen, wie hoch die Wiedergutmachungsleistungen sein werden, und wie lange das Joch der sklavischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Alliierten dauern muß. Da gilt es unter allen Umständen, daß eine tatkräftige Regierung in Spaai die deutschen Interessen vertritt, daß diese sich ihrer schweren Verantwortung bewußt ist, die sie sich durch die Lösung einer derartigen finsternen Frage ohne weiteres aufladet. Notwendigenfalls muß die neue deutsche Regierung die Stärke aufbringen, die Entlohnungsbedingungen der Alliierten klar und entschieden zurückzuweisen. Die bisherigen Männer, die immer nur mit schmerzlicher Miene ja sagten, sind am aller ungeeignetsten, auf der Konferenz von Spaai zu verhandeln, denn eine derartige Aufgabe erfordert nicht nur eine große Willenskraft, sondern noch ungemein viele politische und diplomatische Fähigkeiten. Die Situation bei den Alliierten zeigt, daß man auf ein deutsches Einverständnis großen Wert legen muß, denn man fürchtet, daß der deutsche Vertreter dort die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands allzu stark herausstreicht, was wäre den Herren Millerand und Lloyd George sehr unangenehm, denn darunter würde die Kreditfähigkeit der Alliierten erheblichen Abbruch erleiden. Andererseits aber muß mit vielem politischen Geschick eine Basis der Verhandlungen gefunden werden, die den Alliierten die klare Erkenntnis einprägt, daß Deutschland sich unter keinen Umständen seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit berauben lassen kann und daß nur die freie Entwicklung der deutschen Wirtschaft den Gesundungsprozeß vollziehen kann.

Die Verhandlungen in Spaai werden sich aber nicht nur mit der Wiedergutmachungsfrage beschäftigen, sie werden auch die militärische Seite des Friedensvertrages kategorisch zu regeln versuchen, indem die deutsche Regierung aufgefordert wird, die militärische Ausrüstung restlos durchzuführen. Bei dieser Gelegenheit muß der deutsche Vertreter kurz und bündig die Erklärung abgeben, daß die Sicherung der inneren Ordnung und Ruhe in Deutschland, die die erste Vorbedingung für einen friedlichen wirtschaftlichen Aufbau des Landes ist, eine wesentliche Veränderung der militärischen Bedingungen des Friedensvertrages

erheischt, ohne die Deutschland überhaupt keine Wiedergutmachungsverpflichtungen eingehen kann. Denn eine schwache Armee würde Deutschland ohne weiteres dem Bolschewismus ausliefern, durch den die Alliierten überhaupt nichts bekommen würden. Eine zweite, sehr bedeutungsvolle außenpolitische Frage ist ferner die der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Rußland. In dieser Frage hat die bisherige Regierung viel geirrt, denn sie hat aus Furcht vor den Alliierten keine Schritte zur Herstellung von wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland unternommen. Das ist eine schmachvolle Feigheit gewesen, denn nach der Ablehnung der Blockade gegen Rußland mußte die deutsche Regierung konsequent zeigen, daß sie sich nicht in ihre Beziehungen zu auswärtigen Mächten von den Alliierten stören lassen läßt. Da könnte ja in Zukunft die Entente uns jede Verbindung mit dem Auslande verbieten, soweit sie über die dauernde, sklavische Abhängigkeit von England und Frankreich hinausgeht.

Die innere Politik verlangt von der neuen Regierung ein energisches, starkes Zupacken gegen die Linksradikalen. Schon geht man wieder in Arbeiterkreisen mit dem Gedanken des Generallstreiks und des bewaffneten Aufstandes um. Der Respekt vor der bestehenden Staatsgewalt ist vollständig ins Schwanken geraten. Überall werden Ruhe und Ruhestörungen angezettelt, man mißachtet Recht und Eigentum, sodas bald der letzte Rest von Ordnung in Deutschland verschwunden ist und je mehr die staatliche Autorität an Ansehen verliert, desto frecher erhebt die bolschewistische Revolution ihr Haupt. Wenn es da nicht gelingt, schleunigst alle Kräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu sammeln, dann wird der Bolschewismus die Macht an sich reißen und alle Hoffnungen auf eine baldige Wiedergeburt der deutschen Wirtschaft sind zerstört. Schließlich muß man auch wirtschaftliche Maßnahmen zur Vermeidung der bolschewistischen Gefahr ergreifen und die bestehen besonders in der Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse. Es wäre nicht allzu schwer, jetzt durch Beseitigung der Zwangswirtschaft den freien Markt mit zahlreichen und billigen Lebensmitteln zu versehen, außerdem könnte man durch großzügige Organisationen die wirtschaftlichen Kräfte des Landes soweit heben, daß Mangel und Arbeitslosigkeit bald beseitigt werden können. Nur eine Regierung in Deutschland, die diese Ziele mit klarer Erkenntnis und starker Energie verfolgt, wird unser Land vor dem Zusammenbruch retten. Wehe dem deutschen Volk, wenn es am 6. Juni falsch wählt. Was dann an diesem einen Tag verloren, können uns ganze Ewigkeiten nicht wieder zurückbringen.

Derstliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Zur Wahl.) Der 6. Juni steht vor der Tür. Deutschlands Schicksalsstunde hebt langsam aus zum ersten Schlag. Da halten wir es für unsere Pflicht, noch einmal an dieser Stelle uns an die Wähler und Wählerinnen zu wenden und ihnen allen laut und eindringlich zuzurufen: tut eure Wahlpflicht, niemand veräume, am Wahltag an der Wahlurne zu erscheinen, auf jede Stimme kommt es an, auch auf die deine. Wie wir schon an anderer Stelle geschrieben, steht es fast zu befürchten, daß die Beteiligung an den Wahlen eine recht flau sein wird. Wollte Gott, daß dies ein Trugschluss sei. Geht es doch diesmal um so unendlich Wichtiges, wie noch nie zuvor. Es gilt bei den diesmaligen Wahlen, die Zukunft und das Schicksal des deutschen Vaterlandes für lange Zeit hinaus, ja eine politische Grundbasis für alle Zeiten festzulegen. Und da wollest du beiseite stehen und nicht mitbestimmen helfen und nicht auch ein Wort mitreden, geht es doch auch um deine Zukunft, um die deiner Kinder? Doch entscheide dich frei nach deinem eigenen Entschluss. Schließe dich der Partei an, die dir am nächsten steht. Laß dich nicht grauelig machen durch irgend welche Drohungen. Eine der beliebtesten an diesen Tagen ist es, zu behaupten: „Kommt eine bürgerliche Mehrheit zustande, dann gibt es einen Bürgerkrieg!“ Nun überlege man sich folgendes: Von jeher ist der Volksstaat als das Ideal aller Staatsnormen gepriesen worden. Unter einem Volksstaat verstehen wir einen Staat, der sich nach parlamentarisch-demokratisch-sozialistischem Prinzip auf dem Willen des Volkes aufbaut. Um diesen Willen des Volkes restlos zu erforschen, hat man das freieste Wahlrecht, das gleiche, geheime, direkte Wahlrecht eingeführt. Damit ist also jeder Klasse die Möglichkeit genommen, Sonderinteressen zur Geltung zu bringen und allein der Wille des Volkes ist maßgebend: vox populi, vox dei. Nach diesem Prinzip also hat die durch die Wahl sich ergebende Mehrheit, sie sei, wo sie sei, die Gewalt und die Minderheit hat sich zu fügen (vergl. Friedr. Naumann). Sollte sich nun bei der Wahl eine Rechtsmehrheit ergeben, so ist eben die Stimme des Volkes nach dieser Seite umgeschlagen. Und da wolle die Linke, die doch erst der Befürworter dieses freiheitlichen Wahlrechtes ist und den Willen des Volkes als oberste Instanz anzuerkennen stets gepredigt hat, sich selbst ins Gesicht schlagen und alle ihre ureigenen Dogmen über den Haufen werfen. Einen größeren Widerspruch könnten wir uns nicht denken. Denn das würde heißen, nun selbst ausüben, was sie zu bekämpfen stets vorgaben: Klassenregiment. Das heiße: Gewalt

vor Recht, das wäre Diktatur und Gewaltherrschaft in des Wortes absurdesten Bedeutung. Nein, verehrter Wähler, laß dich damit nicht grauelig machen, das Wahlergebnis kann keinen Bürgerkrieg zetteln, es sei denn, wir haben es mit Betrügnern zu tun. — Über Großes gilt es zu leisten. Das deutsche Vaterland, das hilflos zerstückt, soll wieder aufgebaut, wieder lebensfähig gemacht werden und da ist es deine heilige Pflicht, mitzuhelfen, ja auf diese Mühsal stolz zu sein. Deshalb finde dich am 6. Juni an der Wahlurne ein, jeder Mann, jede Frau!

Pulsnitz. (Wahlversammlung.) Der Wahlkampf, der höchst verwunderlicher Weise ein durchaus ruhiger war, neigt sich dem Ende zu. Am gestrigen Abend hatte die Deutschnationale Volkspartei nochmals zu einem Vortrag geladen, der leider wieder recht schwach besucht war. Wir geben ja gern zu, daß für viele Geschäftsleute die Zeit eine durchaus ungünstige ist, aber auch von denen, die um 6 Uhr wohl abkömmlich sind, vermiften wir sehr viele. So war beispielsweise die Industrie wohl überhaupt nicht vertreten. Ist es Wahlkampfmißbilligkeit, ist es eine gewisse Interesslosigkeit oder ist das Urteil fest gebildet? Die Versammlung wurde geleitet von dem Parteisekretär, Herrn Dpiz, der die Erziehungsbegriffe und dem Redner, Herrn Syndikus Dr. Reichert, Dresden, das Wort erteilte. Der in ansehnlicher noch unbekannter Herr gab zunächst einen kurzen Ueberblick über seinen Werdegang und seine seitherige Tätigkeit, über seine Reisen in den verschiedenen Ländern, wo er Land und Leute und die wirtschaftlichen Verhältnisse aus eigener Anschauung kennen gelernt hat, um so seine Qualifikation zu seiner Reichstagskandidatur darzutun. Vor allem hat der Herr Redner die englische Kriegs- und Eroberungspolitik, (vgl. die verschiedenen englischen Feldzüge) sowie die englische Handelspolitik mit besonderem Interesse verfolgt und war somit in der Lage, einwandfrei festzustellen, daß der eigentliche und letzte Kriegsgewinn in England zu suchen sei. Begonnen hat der englische Konkurrenzneid in den Tagen Wismaras, der eine Zollmauer aufgerichtet hatte gegen die Ueberflutung Deutschlands mit englischen Waren und damit der deutschen Industrie zu neuem Aufstiege verhalf. Der Herr Redner behandelte weiter die Ungefährlichkeiten der heutigen Diplomatie, die es fertig bringt, trotz aller Schikanen der Alliierten, trotz der Besetzung Frankreichs und anderer Gebiete, noch immer auf eine Politik der Verhöhnung und des Entgegenkommens zu hoffen, um sich dann den heutigen Regierungsparteien zuzuwenden. Der Haß der Demokratie gegen den Militarismus geht soweit, daß er sich nicht nur gegen die Auswüchse wendet, sondern sie hat nie Wert darauf gelegt, überhaupt genügend Militär zur Seite zu haben. Das aber ein Staat ohne einen Machtfaktor nicht bestehen kann, das hat die Regierung nicht erkannt, es wird ihr aber wohl durch das Verhalten und Wüten der Kommunisten (z. B. in Duisburg, wo unschuldige Leute auf graufame Weise hingerodet wurden) zum Bewußtsein kommen. Den Kapp-Putsch bezeichnet der Vortragende als eine Militärrevolte, die nicht etwa durch den Generallstreik, sondern durch die Verhandlungen mit dem Minister Schiffer beendet worden sei, nachdem man eine sofortige Wahl und die Wahl des Präsidenten durch das Volk durchgesetzt habe. Des Weiteren bespricht Herr Dr. Reichert die Tätigkeit Erzbergers, dem wir den Waffenstillstand, durch welchen wir unsere gesamte Handelsflotte, das wertvollste Eisenbahnmateriale usw. dem Feinde ausliefern mußten, verdanken. Er schildert weiter, wie Erzberger der deutschen Regierung, die den Friedensvertrag nicht unterschreiben wollte, in den Rücken gefallen ist und wie er so das ganze deutsche Vaterland verraten hat. Und ein solcher Mann konnte noch Minister bleiben. — An der Hand eines demokratischen Wahlplakates beleuchtet der Herr Redner die Leistungen und Nichtleistungen der Demokratie. War sie in der Lage, die Revolution und Blutvergießen der letzten Zeit zu unterdrücken? Nicht einmal den Generallstreik, den einige Linksradikale injiziert hatten, konnte sie abwenden. Wo hat die Demokratie die nationale Würde gewahrt? Daß unsere Offiziere und Soldaten nicht ausgeliefert zu werden brauchen, haben wir allein Verdner zu verdanken, der trotz aller Anmahmetelegramme aus Berlin, das Verlangen der Alliierten abgelehnt hat. Die Demokraten wollen eine Ueberbrückung herstellen zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie und dabei hat Dresden selbst geäußert, daß er eine Arbeitsgemeinschaft verdammt. Nach einigen Erläuterungen über die Behandlung des Eigentumsbegriffes seitens der Sozialdemokratie und die Sozialisierungsfrage, die ja zur Zeit von den Sozialdemokraten selbst als unüberwindlich betrachtet wird, kommt der Herr Vortragende auf die Demobilisierung und die Tätigkeit des Reichsverwertungsamtes zu sprechen. Wie war es möglich, daß zu einer Zeit, wo nur verkauft wurde, wo die ungeheuren Vorräte an Heeresgut in Geld umgekehrt wurden, die Demobilisierung noch 17 Milliarden Defizit machen konnte? Das kam daher, daß den Schiebern Titr und Lor geöffnet wurden, daß das Reichsverwertungsamt an eine jüdische Firma folgend verkaufte: 1 Waffenrock für 1 M., 1 Mantel für 2 M., 1 Hemd für 50 Pf., u. s. f. Wie hoch solche Mißwirtschaft vom Ausland eingeschätzt wurde, zeigt uns das dauernde Sinken unserer Valuta. — Zum Schluß seiner Ausführungen behandelte der Herr Redner die Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei. Sie umfaßt alle möglichen Kreise. Jeder